

Politische Pause in Europa

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst**

Band (Jahr): **9 (1919)**

Heft 36

PDF erstellt am: **25.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-642204>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Politische Pause in Europa.

Die deutsche Nationalversammlung debattiert über die Steuerpläne Erzbergers, der einmal die Notwendigkeit des „Reichsnotopfers“ bewiesen hat und Wege weist, wie man die notwendigen Milliarden aus dem gesamten Produktionsprozeß gewinnen könnte. Die erste Folge dieser Steuerpläne — Flucht des vormals so patriotischen Kapitals. Millionen reisen über die Grenze, im Auto, im Flugzeug, in der Eisenbahn, im Dampfsboot. Der Fürst zu Wied, weiland Albanians König, läßt seine Juwelen mit Hilfe der metallenen Taube über die Ostsee nach Schweden befördern und riskiert einen Schmuggelprozeß, um der Steuerschröpfung zu entgehen. Dies geschieht, nachdem die Nationalversammlung beschlossen hat, die zuerst geplante Vermögensabgabe zu unterlassen; von einer Annullierung der großen Kriegsanleihen war erst gar keine Rede. Gewillt, die Lasten der Vergangenheit wie einen Hemmschuh nachzuschleppen, beginnt die neue Republik ihren Weg. Sie fürchtet die Sabotage enteigneter Besitzer mehr als die unbefriedigten Arbeitermassen, deren ewige Streiklust durch besondere Gesetze gebändigt werden soll. Sie wagt im Vertrauen auf das Heer den Marsch mit dem großen Hemmschuh: Sie hofft auf das Ergebnis der Steuern. Um aber auch alle Vermögenswerte richtig zu fassen, soll ein besonderes Gesetz aufgestellt werden, das die deutschen Banken verpflichtet, ihr Geheimnis zu lüften. Es wird, dank der Opposition der Besitzenden, selbstverständlich ein Torso bleiben. Doch schon die bloße Drohung des Gesetzes hatte neue Kapitalflucht und neue Valutastürze zur Folge. Nun droht man mit Abstempelung der Banknoten und sinnit darauf, die Zinsforderung geflüchteter Vermögen im Ausland zu erwischen.

Es ist die Fortsetzung der ehemaligen Budgetdebatten im Reichstag, nur mit dem Unterschied, daß man einst die Finanzierung zukünftiger Kriege, jetzt aber die Abtragung der Lasten aus dem vergangenen debattierte. Die Nationalversammlung, die denselben Präsidenten wie der alte Reichstag, Fehrenbach, besitzt, die einen Reichstanzler als Vertreter der Regierung begrüßt, und zwar Dr. Bauer statt Bethmann, sie hat noch nicht erfahrt, wie unmöglich die Existenz der deutschen Wirtschaft unter dem Doppeldruck von eigenen Lasten und Kriegsentschädigungen sein wird. Und es ist keiner unter den Deputierten und Ministern, der ein Mittel wüßte, zugleich die Steuerkraft und die Arbeitskraft des Volkes zu beleben. Vielleicht gibt es auch keines. Vielleicht steht Deutschland vor dem sichern Hinfiechen, und seine Massen besitzen nicht Kraft und auch nicht Willen, gewaltsam dem elenden Zustand ein Ende zu bereiten. Weshalb? Sie denken, daß auch die Abwertung des gesetzlichen Zustandes keine Rettung vor dem Elend bringen wird.

Gleich wie in Deutschland, so sieht in Italien das Ministerium Ritti an der Arbeit, um vor allem die drohende Lebensmittelkrise zu beschwören. Es hat sich gezeigt, daß trotz allen Tendenzen zu Streik und Ausschreitungen, trotz der Selbsthilfe des Volkes in den Städten gegen die Lebensmittelwucherer keine einheitliche revolutionäre Kraft vorhanden sei, die den jetzigen Staat zu erschüttern vermöchte. Die bolschewistisch gefinnte Sozialdemokratie hat gegen sich zu breite Schichten und zu große Vorurteile des gläubigen Volkes, um schon die Kraft zur entscheidenden Aktion zu haben. Wenn es Ritti gelingt, mit allerlei Kompromissen den Wucher einzuschränken, ohne die Lebensmittel vom Markte zu vertreiben, wenn es ihm vor allem gelingt, die natürliche Bekämpfung des Wuchers, die Vermehrung der Produktion genügend zu fördern, so können noch für lange die Resolutionen der italienischen Maximalisten bedeutungslos bleiben. Aber nur unter der genannten Bedingung. Es braucht Hebung der Valuta, um amerikanischen Weizen und englische Kohle zu erschwinglichen Preisen zu erhalten, und es braucht eine tiefgreifende Reform der Verwaltung, um der bürokratischen Misere Herr zu werden.

Frankreich und England stehen vor denselben Fragen und studieren die staatlichen Finanzquellen ebenso eifrig wie die Steigerung der Produktion, um der Teuerung zu begegnen. Es ist zu bemerken, daß England zwar den Sechstundentag für die Bergarbeiter, aber nicht die Verstaatlichung der Gruben einzuführen gewillt ist. Die Arbeiter, die das eine wie das andere forderten, sehen vor sich die Wahl neuer Streiks oder Unterwerfung. Wie in Deutschland weiß im Westen jedermann, der nicht gerade einer Gewerkschaft angehört und sich als Allheilmittel in ökonomischer Not den Zustand angewöhnt hat, daß Wenigerleistung unfehlbar die Verminderung der Güter und deren Verteuerung mit sich bringt. Leider vergißt man dabei den automatischen Streik des Kapitals bei niedrigem Zinsfuß. Die Agitation gegen die kurze Arbeitszeit wird auf Grund dieser Erkenntnis getrieben. In Frankreich beginnt eine direkte Aktion gegen die Achtundvierzigstundenwoche. Man weist auf Sowjetrußland, wo Lenin gezwungen sein soll, den Streik unter Androhung hoher Strafen zu verbieten und eine Disziplin der Fabrikarbeiter zu fordern, die alle Beispiele in kapitalistischen Betrieben hinter sich lasse.

Charakterisiert sich die Pause in der innerpolitischen Entwicklung durch die erwähnten Versuche der Regierungen, Ordnung in das drohende Chaos zu bringen und seine Entstehung zu beschwören, so bezeichnet die Verzögerung der Friedensschlüsse mit den drei noch übrigen Ententegegnern die außerpolitische Lage.

Nachdem die österreichische Delegation den ersten Friedensvertrag als unmöglich erklärt hatte, versuchten England und Amerika alle Mittel, um Milderungen herbeizuführen. Italien, unterstützt von den eiferfüchtigen Tschechen, halbwegs sekundiert von dem directionslosen Frankreich, das die Oesterreicher als Deutsche schädigen und, um die Deutschen zu schädigen, Wien an die Entente fetten möchte, hat bis heute eine Revision der schlimmsten Paragraphen zu hintertreiben vermocht. Seine Einsprache hat auch bewirkt, daß Clemenceau den von ihm selber begünstigten Erzherzog Joseph in Budapest ersuchen mußte, abzutreten. Er ging, seine Empfehlung mit allen Versicherungen der Hochachtung zurücklassend. Seine Generale versuchen zu bleiben und die Sozialdemokraten mit ihrer Tiszagefinnung zu versöhnen. Die Hohenzollern in Bukarest, die Karageorgewitsch in Belgrad, die Prager- und Wiener Sozialisten sind zum erstenmal die Schildhalter Roms gegen die Habsburger geworden. Wie der endgültige Vertrag aussehen wird, wissen heute noch bloß die Eingeweihten. Gewiß wird aber Italien sein Bestes tun, um ihn zu verderben.

Weniger Interesse wird es haben, die Bulgaren zu schädigen. Denn Bulgariens Feinde, die Serben und Griechen, sind keine Feinde. Und ebenso wenig möchte es die Türken den Griechen aufopfern. Viel lieber erhaschte es das Protektorat über ganz Kleinasien, doch darüber wird London in letzter Instanz verfügen.

Um dem noch ausstehenden Frieden mit dem Sultan die feste Grundlage zur Ausnützung der englischen Macht zu geben, hat England mit Persien einen Protektoratsvertrag abgeschlossen. Darüber Geschrei in Frankreich. Aber die Briten werden nicht mehr loslassen. Sie sitzen in Bagdad und Teheran, sie sitzen in Baku und Jerusalem — das französische Syrien, das italienische Anatolien, die „freien Staaten“ Armenien und Georgien werden umgeben sein von englischen Ländern. Der türkische Friede ist durch Englands Eroberungen im wesentlichen festgelegt. Indessen, noch bevor man hierüber beraten hat, wankt schon der Hauptfriede. Die Ratifizierung des Versaillerpactes im amerikanischen Senat scheint heute dadurch verunmöglicht, daß Wilson selber genötigt wurde, Klauseln zum Völkerbundsvertrag zu befürworten. Die republikanischen Senatoren aber treiben ihre Opposition viel weiter. Sie haben alle Aussicht, die Anerkennung der japanischen Macht auf Schantung zu Fall zu bringen.